

Antrag Nr. 33

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 169. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer
am 26. November 2020

ÖSTERREICH NEU STARTEN MIT EINER OFFENSIVE ARBEITSMARKT

Die COVID-19-Pandemie führte in Österreich nicht nur zu einer schweren Gesundheitskrise, sondern löste auch den tiefsten wirtschaftlichen Einbruch der Zweiten Republik aus. Die aktuellen Konjunkturprognosen lassen für 2020 einen Rückgang des realen BIP um 6,8 % erwarten. Die Zahl der Beschäftigten könnte im Jahresdurchschnitt um 78.000 zurückgehen (-1,9 %) und jene der Arbeitslosen um etwa 100.000 auf über 400.000 steigen, was die Arbeitslosenquote auf nahezu 10 % der unselbstständigen Erwerbspersonen steigen lässt. Der Verlauf der Pandemie, aber auch die eingetretenen wirtschaftlichen und sozialen Schäden lassen weitere Rückschläge befürchten und schwerwiegende dauerhafte Folgen der Krise erwarten. Der massive Einbruch auf dem österreichischen Arbeitsmarkt kann nur durch weitreichende wirtschaftspolitische Maßnahmen bewältigt werden, die durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen begleitet und unterstützt werden. Es braucht rasch eine von Regierung und Sozialpartnern getragene Offensive auf dem Arbeitsmarkt.

Die Einkommensverluste sind stark auf einzelne sozialen Gruppen konzentriert: In besonderem Ausmaß betroffen sind vor allem kleine Selbstständige sowie Arbeitslose. Sie erleiden unmittelbar große Einkommensverluste und ihre Chancen, Einkommen zu erzielen, sind auch langfristig merklich beeinträchtigt. Konkurse, Langzeitarbeitslosigkeit und Armut sind die Folge. Die Wirtschaftspolitik darf dies nicht akzeptieren und benötigt einen Neustart.

Eine effiziente Konjunkturpolitik muss rasch, temporär und zielgerichtet sein. Sie muss sich darauf konzentrieren, jenen Menschen zu helfen, die von der Krise direkt betroffen sind: Ältere Arbeitskräfte, Leiharbeitskräfte, Asylberechtigte und Junge. Falsch ist es hingegen, den Abschwung für Maßnahmen zu nutzen, die für das Budget teuer sind und wirtschaftlich nichts bringen, aber den Interessen durchsetzungskräftiger Lobbies dienen (Senkung der Körperschaftsteuer, Steuersenkungen für obere Einkommensgruppen, Gießkannenförderungen für WaldbesitzerInnen). Wichtig ist es, kurzfristige wirksame Konjunkturpolitik mit langfristig sinnvollen Maßnahmen zu verbinden.

Die Krise muss den Ausgangspunkt für einen sozial-ökologischen Umbau bilden, der Sicherung und Ausbau des Sozialstaates und öffentlicher Leistungen, gerechte Verteilung – auch der bezahlten und unbezahlten Arbeit – und ökologische Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt stellt, kurzum sich am Wohlstand der breiten Masse der Bevölkerung orientiert. Gesundheitssystem und Sozialstaat erleben in dieser Krise eine Sternstunde. Die neoliberalen Versuche ihrer Diskreditierung und Diffamierung erweisen sich einmal mehr als gescheitert. Es sind gerade die automatischen Sicherungssysteme des Sozialstaates, die gesamtwirtschaftlich und individuell stabilisierend wirken. Einmal mehr bietet sich die Gelegenheit, neue Unterstützung für das soziale öffentliche Gesundheitssystem und den Sozialstaat im Allgemeinen zu gewinnen. Der Sozialstaat garantiert den Zugang zu grundlegenden sozialen Leistungen in hoher Qualität für alle Bevölkerungsgruppen.

Eine effiziente Arbeitsmarktpolitik muss den Betroffenen rasch helfen, denn die Erfahrungen bisheriger Rezessionen belegen, dass Arbeitslosigkeit, die einmal entstanden ist, sich leicht verfestigt und nur schwer wieder verringert werden kann. Langfristig muss in der Wirtschaftspolitik Vollbeschäftigung das Ziel bleiben, kurzfristig die Zahl der registrierten Arbeitslosen noch im Jahr 2021 zumindest wieder auf das Niveau des Jahres 2019 zu verringern (301.000). Daher muss jetzt die Rettung von Firmen und damit Arbeitsplätze im Fokus stehen. Es soll rasch und unbürokratisch geholfen werden – jedoch mit Auflagen wie Verboten für Boni oder Dividenden bzw dem Gebot der Miteinbeziehung der Belegschaft.

Die Bundesregierung hat bislang zu wenige Maßnahmen zur Verringerung der Rekordarbeitslosigkeit gesetzt. Dringend werden mehr Ausbildungsplätze für Jugendliche, Fachkräfteausbildung und Qualifizierung sowohl für Arbeitslose als auch Beschäftigte sowie gemeinnützige Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose benötigt. Die Stabilisierung der Beschäftigung verlangt neben der Kurzarbeit und den Hilfen für die Betriebe vor allem nach beschäftigungs- und qualifizierungspolitischen Maßnahmen für Gruppen, die es auf dem Arbeitsmarkt besonders schwer haben. Die Kurzarbeit in Kombination mit Qualifizierungsmaßnahmen trägt dazu bei, die Jobs zu sichern und gleichzeitig die Fähigkeiten der ArbeitnehmerInnen zu stärken und auszubauen.

Verfestigte Arbeitslosigkeit lässt sich nur mit sehr hohem Aufwand für die Betroffenen und die öffentlichen Institutionen abbauen. Verarmung, soziale Isolation und zunehmende Gesundheitsprobleme sind vielfach dokumentierte Folgen für die Betroffenen. Für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft bedeutet hohe Langzeitarbeitslosigkeit, hohe Ausgaben, Verlust von Beschäftigungspotentialen und soziale Spannungen. Es sollte naheliegen, durch arbeitsmarktpolitische Interventionen, einen weiteren Anstieg von Langzeitarbeitslosigkeit in der aktuellen Krise zu vermeiden bzw sie abzubauen. Ein wichtiger Ansatz dafür wäre, neben den bereits eingesetzten Instrumenten, eine Jobgarantie für Arbeitslose, die mehr als zwei Jahre beim AMS vorgemerkt sind und dadurch die Möglichkeit einer Beschäftigung auf einem dauerhaft geförderten Arbeitsplatz erhalten. So wird die Möglichkeit gegeben, wieder einer bezahlten, sinnstiftenden Tätigkeit nachzugehen, die auch den sozial-ökologischen Wandel und die regionale Entwicklung unterstützt. Mit dem Modell „Chance 45“ hat die BAK einen Ansatz entwickelt, mit dem für bis zu 40.000 langzeitarbeitslose Personen sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden könnten.

Die Höhe der Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung reichen nicht aus, um Verarmung von Haushalten mit Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Daher braucht es eine Existenzsicherung bei Arbeitslosigkeit, die einerseits ein rasches Abgleiten Betroffener in Armut verhindert und ihnen andererseits ermöglicht, einen ihrem erreichten beruflichen Status entsprechenden neuen Arbeitsplatz zu suchen und sie nicht zwingt, jedwede Beschäftigung auch unterhalb ihrer Qualifikation anzunehmen.

ArbeitnehmerInnen haben ein Recht auf eine für sie optimale Betreuung und Unterstützung bei der Arbeitssuche. Unternehmen sollen sich auf eine gute Vermittlung durch das AMS verlassen können. Das kann derzeit aufgrund des Personalmangels im AMS nicht gewährleistet werden. Die Situation für die Arbeitssuchenden und für die MitarbeiterInnen im AMS ist aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und den zusätzlichen Herausforderungen, wie die Abwicklung der Kurzarbeit, noch dramatisch verschärft worden. Ohne die Leistungsfähigkeit des AMS wäre der massive Einbruch auf dem Arbeitsmarkt weder für die Unternehmen noch für die betroffenen ArbeitnehmerInnen zu bewältigen gewesen. Eine dauerhafte deutliche Aufstockung des AMS auf Basis der Berechnungen des AMS Vorstandes ist dringend notwendig.

Infolge der tiefen Krise steigen die Staatsschulden merklich, doch angesichts der negativen Zinssätze für Staatsanleihen ist dies ökonomisch leicht verkraftbar. Diesen Zinsvorteil für alle EU-Staaten zu sichern ist auch im österreichischen Interesse: Ein umfangreiches Investitions- und Restrukturierungsprogramm in ganz Europa, finanziert durch Verschuldung und eigene Steuern auf EU-Ebene, ist ökonomisch notwendig, sozial vernünftig und ökologisch wünschenswert. Die Einführung einer Goldenen Investitionsregel, die es den Nationalstaaten erlaubt, öffentliche Nettoinvestitionen nicht in den Maastricht-Verschuldungs- und Defizitregeln berücksichtigen zu müssen, wäre sinnvoll.

Neben der Corona-Krise wirken Digitalisierung und die Klima-Krise weiter – der wirtschaftliche Strukturwandel wird sich beschleunigen, die Chancen auf gute und möglichst stabile Arbeit von ArbeitnehmerInnen werden davon abhängen, ob sie diesen Strukturwandel in ihrem beruflichen Wissen und Können auch nachvollziehen können. Das Vorziehen von Klimainvestitionen verbindet langfristig Sinnvolles mit kurzfristig Nützlichem. Die geplanten Investitionen gegen die Klimakrise mit einem Schwerpunkt auf dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der thermischen Sanierung von Gebäuden hat eine hohe gesellschaftliche Rendite und wirkt effektiv gegen den Abschwung. Sie sollen so rasch wie möglich umgesetzt werden.

Die Wirtschaftsbereiche und jene ArbeitnehmerInnen, die sich in der Krise als besonders einsatzbereit erwiesen haben und deren Leistungen unverzichtbar waren, jene HeldInnen der Krise, müssen höhere Wertschätzung erfahren. Anerkennung muss sich nicht nur in höheren Gehältern oder einem „Corona-Tausender“ ausdrücken, sondern vor allem in besseren Arbeitsbedingungen und mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft. Die Finanzierung des Sozialstaates erfolgt derzeit im Wesentlichen durch die ArbeitnehmerInnen bzw die KonsumentInnen und muss in Zukunft auf eine breitere Basis gestellt werden. Eine gerechte Gesellschaft, der soziale Zusammenhalt und die wirtschaftliche Stabilität verlangen nach markant höheren und progressiven Steuern auf große Vermögen, Erbschaften und hohe Einkommen. Generell muss klar sein, dass alle von den Hilfsmaßnahmen für die Krisenbetroffenen profitieren. Gleichzeitig gilt es klar zu machen, dass nur ein funktionsfähiger Staat mit einem soliden Budget in der Lage ist, stabilisierend zu wirken und gezielte Hilfsmaßnahmen zu setzen. Alle, die staatliche Maßnahmen gegen die Krise begrüßen, müssen bereit sein, auch in normalen Zeiten ihre Steuern und Beiträge zu leisten. Geplante Steuerzuckerl für die oberen 100.000 wie die Senkung des Körperschaftsteuersatzes oder Steuerbegünstigungen für Wertpapierspekulation sind verteilungspolitisch abzulehnen und machen zudem konjunkturpolitisch keinen Sinn.

Die österreichischen Gemeinden wurden durch die Krise hart getroffen. Alleine 2020 betragen die Einnahmeneinbußen nach Berechnungen des KDZ (Zentrum für Verwaltungsforschung) beinahe 2 Mrd Euro. Dies hat zur Folge, dass sich deren Spielraum für Investitionen halbiert. Das beschlossene kommunale Investitionsgesetz mit einem Kofinanzierungsvolumen von 1 Mrd Euro reicht nicht aus, da den Gemeinden durch das Konjunkturstärkungsgesetz über 1 Mrd Euro durch Steuersenkungen wieder entzogen werden. Die Finanzierung der Gemeinden muss nachhaltig abgesichert werden, damit wichtige kommunale Investitionen nicht an der fehlenden Kofinanzierung scheitern. Sonst sind Mängel in der Versorgung mit sozialen Dienstleistungen, Investitionsrückstau oder eine hohe Verschuldung der Gemeinden die Folge. Soziale Dienstleistungen und öffentliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge (zB öffentlicher Verkehr, Abfallwirtschaft, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung etc) haben hohe Beschäftigungseffekte und es besteht langfristig großer

Ausbaubedarf. Dies betrifft insbesondere den Bereich der Pflege, der Kinderbetreuung sowie die Bildung und die Sozialarbeit. Der Ausbau sozialer und öffentlicher Dienstleistungen muss Vorrang vor einer weiteren Erhöhung von monetären Sozialtransfers haben. In der Corona-Krise sind deutliche Mängel bei der Versorgung der Bevölkerung mit sozialen Dienstleistungen, insbesondere bei der Betreuung und Pflege Älterer, sichtbar geworden. Eine der wichtigsten Bedingungen für die wirtschaftliche Erholung in Österreich und für ausreichend soziale Dienstleistungen ist eine entsprechende Weiterentwicklung der beruflichen Qualifikationen der ArbeitnehmerInnen. Und dazu muss auch die Arbeitsmarktpolitik ihren Beitrag leisten. Dazu gehört die Umsetzung, der von der Bundesregierung angekündigte Corona-Arbeitsstiftung im Ausmaß von zusätzlichen 700 Mio Euro mit Ausbildungen, die Allen offenstehen.

Eine solidarische Lohnpolitik stärkt die Konsumnachfrage und stabilisiert die Konjunktur. Die private Konsumnachfrage ist eine große Stütze im aktuellen Konjunkturverlauf. Erfolgreiche Lohnverhandlungen tragen dazu bei, dass dies auch so bleibt und stabilisieren die Konjunktur. Gleichzeitig wird bei der Einhaltung der Benya-Formel auch auf die Wettbewerbsfähigkeit Rücksicht genommen.

In Summe verfügt Österreich über günstige wirtschaftliche Voraussetzungen zur Bekämpfung des Konjunkturabschwungs: Österreichs BIP pro Kopf ist sehr hoch und liegt im europäischen Vergleich an vierter Stelle.

Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert deshalb einen Neustart Österreichs und eine Offensive Arbeitsmarkt:

die rasch und zielgerichtet den drohenden Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindern

- **eine Qualifizierungsoffensive, um die Chancen der ArbeitnehmerInnen im stattfindenden Strukturwandel zu erhöhen. Ganz besonderes Augenmerk muss dabei auf junge Menschen gerichtet werden.**
- **Eine Jobgarantie für Langzeitarbeitslose.**
- **Eine dauerhafte Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 % Nettoersatzrate – das vermeidet Armut und sichert die Kaufkraft vor allem in den Regionen und vermeidet volkswirtschaftlich schädliche Beschäftigung unterhalb der erworbenen Qualifikation.**
- **Ein personell gut ausgestattetes AMS, damit die Menschen rasch und gut vermittelt und betreut werden können.**
- **Weiterentwicklung von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten wie dem Solidaritäts-Prämienmodell, der Altersteilzeit bzw der Kurzarbeit als Einstieg in eine Arbeitszeitverkürzung mit öffentlich gefördertem Lohnausgleich.**

die Wirtschaftsentwicklung stabilisieren

- **Forcierung der notwendigen Investitionen gegen die Klimakrise.**
- **Finanzierung des Sozialstaats sichern und ausbauen.**
- **Gemeinden den Spielraum für notwendige Investitionen geben.**
- **Solidarische europäische Antwort durch gemeinsam finanziertes, umfangreiches Investitionsprogramm, Golde Investitionsregel und einen echten Green New Deal**
- **Progressive Vermögensteuer statt kostspieliger Steuergeschenke an die oberen 100.000.**

Die Maßnahmen müssen kurzfristig Nützliches (Senkung der Arbeitslosigkeit) mit langfristig Sinnvollem (Maßnahmen gegen Klimakrise, bessere Qualifikation) verbinden. Der vorhandene Spielraum sollte genutzt werden, um in Infrastruktur, in die Ausbildung, in das Sozialsystem, in öffentliche Dienstleistungen und in eine dauerhafte Verbesserung der Umwelt zu investieren statt die Gewinne einiger weniger Konzerne und Vermögender weiter zu vergrößern.



Sozialdemokratische
Gewerkschafterinnen
in der Bundesarbeitskammer

Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input checked="" type="checkbox"/>
--	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	---